

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 15. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 16. November 2005
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 22.15 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)
Sabrina Boog, Volontärin im Rechtsdienst

Gäste:
Entschuldigt: Beat Meyer-Zehnder
Kurt Kneier
Lucius Cueni
Ursula Steiner
Robert Richner
Saskia Schärer

Abwesend/Entschuldigt
ab 21.15 Uhr Lucius Cueni
Peter Humbel
Karin Käser
Kurt Kneier
Verena Meschberger
Beat Meyer-Zehnder
Thomas Pfaff
Robert Richner
Barbara Selinger
Ursula Steiner
Joël Wartenweiler
Jean-Jacques Winter

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 26.10.2005 betreffend Ersatzwahl eines Mitglieds der Umweltkommission für die zurückgetretene Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion Geschäft 3636

2. Bericht des Gemeinderates vom 24.08.2005 und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 27.10.2005 betreffend Quartierplanung Areal „Elco“, bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement, 1. Lesung Geschäft 3623 / A

3. Bericht des Gemeinderates vom 13.07.2005 und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 27.10.2005 betreffend Herrenweg, Bau- und Strassenlinienplan (BSP) Geschäft 3620 / A

4. Bericht des Gemeinderates vom 19.10.2005 betreffend Verschiedene politische Vorstösse zu Verkehrsfragen Geschäft 3637

5. Motion von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 20.04.2005 betreffend Fördermassnahmen berufliche Integration Geschäft 3600

6. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Blaj Geschäft 3603

7. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Pfullendorf Geschäft 3604

8. Interpellation von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, vom 20.04.2005, betreffend "Einsprache von Allschwil gegen den Röhrenspeicher für Erdgas" Geschäft 3599

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer

Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 15 vom 16.11.2005

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Die Präsidentin des Einwohnerrates Allschwil

Iris Zihlmann-Glanzmann

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Iris Zihlmann-Glanzmann verliest die Entschuldigungen

Neue parlamentarische Vorstösse

Eingegangen sind 18 Budgetpostulate von verschiedenen Parlamentariern sowie eine dringliche Interpellation betreffend Schulhaus Bettenacker von Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, begründet die Dringlichkeit seiner Interpellation damit, dass das Bettenacker-Schulhaus in einem baulich sehr schlechten Zustand sei. Es gebe nicht einmal warmes Wasser. Gleichzeitig spricht er den Lehrern ein Kompliment dafür aus, dass sie trotz der äusseren Umstände einen spannenden und abwechslungsreichen Unterricht bieten können. Die Situation verschlimmere sich ständig, so dass die Dringlichkeit gegeben sei. Er präsentiert ein Bild der Turnhallendecke. Diese sei einsturzgefährdet. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Einsturz der Schwimmbaddecke in Uster. Er warnt davor, dass etwas passieren könne. Weiter sei auch die Gestaltung des Pausenplatzes fraglich. Neuerdings seien auch die Rasenflächen abgesperrt worden, auf dem Unterstand für die Kinder würden Autos parkieren. Ballspielen sei verboten. Er frage sich, wo das Enden solle und bittet um Unterstützung der Dringlichkeit.

Für **Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau-Raumplanung, und den Gemeinderat ist die Dringlichkeit überhaupt nicht gegeben. Man habe in sehr dramatischer Art gewisse Schäden hochgespielt, um die Dringlichkeit zu begründen. Die Wasserleitungen seien mittlerweile durchgespült, die Wasserqualität in Ordnung. Die vom Interpellanten genannte Turnhalle, sei eigentlich eine Gymnastikhalle, in der man ohnehin keine Ballspiele durchführen sollte. Die Deckenplatten seien Weichpavatexplatten (50x50). Diese Platten habe man in der Zwischenzeit schon wieder frisch angeschraubt. Von einer Einsturzgefahr der Decke könne keine Rede sein. Alle anderen Punkte der Interpellation seien nicht dringlich. Ausserdem erinnert er daran, dass andere Vorstösse schon sehr lange zur Behandlung anstehen. Man wolle mit der Dringlichkeit sein eigenes Anliegen lediglich besser platzieren.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, betont, dass die Interpellation nicht durch Anregung der Lehrerschaft entstanden sei, sondern aus der Mitte der Elternschaft. Es sei klar, dass im Schulhaus keine Möglichkeit bestehe, Geschirr zu waschen. Er müsse dies in der Herrendusche erledigen. Die untere Turnhalle sei eine normale Turnhalle, keine Gymnastikhalle. Auch für Ballspiele. Auch die obere Halle sei baufällig.

://: Die Dringlichkeit der Interpellation von Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, betreffend Schulhaus Bettenacker wird **mit 18:17 Stimmen abgelehnt**.

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

Mit Schreiben vom 08.11.2005 hat Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, seinen Rücktritt per 30.11.2005 als Ersatzmitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission bekannt gegeben.

Aus dem Wahlbüro treten per sofort Isabelle Equey und per Ende 2005 Lukas Kissling zurück.

Traktandenliste

Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin, verliest einen Ordnungsantrag des überparteilichen Komitees des Einwohnerrates Allschwil „Schweizer Fussballnati an die WM `06“ mit folgendem Wortlaut vor:

„Antrag:

Aufgrund der ausserordentlichen Wichtigkeit und Brisanz des heutigen Entscheidungsspiels der schweizerischen Fussballnationalmannschaft gegen die Türkei beantragen wir, die Pause bis Spielende zu verlängern, um den Fussballmatch gemeinsam live zu verfolgen. Anschliessend ist die Sitzung fortzuführen.“

DISKUSSION

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, hält diesen Antrag für einen Witz. Er fragt sich, für was die Einwohnerräte eigentlich da seien. Man könne die Sitzung nicht für Sport- oder Krimisendungen unterbrechen. Die Einwohnerräte seien immerhin Volksvertreter um an den Sitzungen zu debattieren. Es könne nicht sein, dass man heute die Sitzung bis 22.15 Uhr verlängern wollen, an anderen Sitzungstagen aber pünktlich um 21.00 Uhr endet, auch wenn die Beratung eines Geschäftes nur noch wenig länger gedauert hätte.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, und sechs Mitunterzeichner reichen den Antrag auf namentliche Abstimmung ein. Zur heutigen Sitzung sei auf 18.00 Uhr eingeladen worden. Mit der Erwartung, dass die Sitzung wie üblich gegen 21.00 Uhr ende, seien die Einwohnerräte gekommen. Die nicht fussballbegeisterten Räte dürften nicht genötigt werden, länger zu bleiben, nur weil ein Teil der Räte ihrem Hobby frönen möchten und nicht ihrer Arbeit nachkommen wollen. Ebenso seien auch die Einwohner in der Erwartung gekommen, dass die Sitzung vom 18.00 Uhr bis ca. 21.00 Uhr dauern werde und wichtige Sachgeschäfte behandelt würden. Er fragt sich, wie man so das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen solle. Wie sollen so die Einwohner unsere Einwohnerratsentscheidungen an der Urne unterstützen und nicht ablehnen? Mit dieser Erwartung seien auch die Gemeinderäte gekommen. Diesen müsse man entsprechend auch ein höheres Sitzungsgeld bezahlen. Ebenso müsse man auch die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter bezahlen. Letztlich koste dieser Antrag den Steuerzahler mehrere hundert Franken und sei eine Frechheit gegenüber denjenigen, die sich auf ein Ende um 21.00 Uhr eingestellt hätten. Dieser Antrag setze ein schlechtes Zeichen für die Bevölkerung.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, schliesst sich der Haltung des Vorredners an. Er betont, dass die Einwohnerinnen und Einwohner sowie Verwaltungsangestellte gekommen seien, um die Beratung der Geschäfte mitzuverfolgen und nicht, um eine Fussballübertragung im Fernsehen zu sehen. Er sei sehr erstaunt darüber, dass gerade diejenigen, welche eigentlich zu den „Paragrafenklebern“, „Paragrafenwürgern“ gehörten, den Antrag stellen würden. Er fragt sich, ob diese Personen einen solchen Antrag auch im Landrat stellen würden. Sofern heute abend das Fussballspiel angeschaut werde, bedeute dies für ihn, dass die Sitzung damit

abgebrochen worden sei. Wenn schon, dann solle man die Sitzung vorher beenden. Eine Weiterführung der Sitzung nach Ende des Spiels hält er für nicht sinnvoll.

Peter Hauser, SVP-Fraktion, spricht sich für die Unterbrechung der Sitzung aus. Er komme nicht an die Einwohnerratssitzungen mit der Erwartung pünktlich um 21.00 Uhr Feierabend zu haben. Wegen dem Geld komme er schon gar nicht. Er würde es lustig finden, wenn das ganze Plenum zusammen das Fussballspiel anschauen würde. Sport sei immerhin fair und völkerverbindend, dies könne die Politik nicht immer von sich behaupten. Anschliessend könne man die Sitzung in Frieden weiterführen.

://: Unter namentlicher Abstimmung wird über den Antrag des überparteilichen Komitees abgestimmt:

Der Ordnungsantrag auf Unterbrechung der Einwohnerratssitzung für die Dauer des WM-Qualifikations-Barrage-Spiel Türkei-Schweiz wird **unter namentlicher Abstimmung mit 19:12 Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen.**

Die namentliche Abstimmung im Detail

Abstimmung unter Namensaufruf
vom 16.11.2005

J = Ja
N = Nein
E = Enthaltung

| | Einwohnerrat | J | N | E |
|-----|--------------------------------|---|---|---|
| 1. | Amsler Max | X | | |
| 2. | Bammatter-Z'Graggen Andreas | X | | |
| 3. | Beretta-Sohm Guido, Dr. | | X | |
| 4. | Bernasconi Mario | X | | |
| 5. | Bieri Armin | | X | |
| 6. | Corvini Ivo Dr. | X | | |
| 7. | Cuoni Lucius | | | |
| 8. | Frey-Rieder Hanspeter | X | | |
| 9. | Gass Jürg | | X | |
| 10. | Hauser Peter | X | | |
| 11. | Hosang Catherine | X | | |
| 12. | Humbel-Schiess Peter | | X | |
| 13. | Käser Karin | | X | |
| 14. | Keller-Maurer Felix | X | | |
| 15. | Kneier-Rehmann Kurt | | | |
| 16. | Kröpfli Basil | X | | |
| 17. | Lorenz Sarah | X | | |
| 18. | Märky-Schällibaum Alice | X | | |
| 19. | Meschberger Verena | | X | |
| 20. | Meyer-Zehnder Beat | | | |
| 21. | Morat Christoph | | X | |
| 22. | Oppliger Mathilde | X | | |
| 23. | Pausa Franziska | | | X |
| 24. | Pfaff Thomas | | X | |
| 25. | Pozivil-Pfister Ursula | | | X |
| 26. | Richner Robert | | | |
| 27. | Rothen Claude | X | | |
| 28. | Schwarz Werner | X | | |
| 29. | Selinger Barbara | | X | |

| | | | | |
|-----|------------------------------|---|---|---|
| 30. | Steiger Bruno | X | | |
| 31. | Steiner Ursula | | | |
| 32. | Studer Josua M. | X | | |
| 33. | Studer Susanne | | | X |
| 34. | Vögelin Giulio | | X | |
| 35. | Vogt Jürg | | X | |
| 36. | Von Arx Peter | X | | |
| 37. | Wartenweiler Joel | X | | |
| 38. | Weber Killer Juliana | X | | |
| 39. | Winter-Bitterli Jean-Jacques | | X | |
| 40. | Zihlmann-Glanzmann Iris | | | X |

Daraufhin erklärt **Verena Meschberger**, SP/EVP-Fraktion, dass sie die Einwohnerratssitzung zur Pause verlassen werde. Sie lasse sich nicht dazu nötigen, bis zum Spielende zu warten, um weiter zu debattieren.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, betont, dass er mit der nun vorliegenden Traktandenliste, insbesondere mit der eingeschobenen Unterbrechung, nicht einverstanden ist.

Die Präsidentin **Iris Zihlmann-Glanzmann** lässt darüber abstimmen, wer mit der Traktandenliste inkl. Unterbrechung einverstanden ist.

://:

Die Traktandenliste mit der Unterbrechung wird mehrheitlich genehmigt.

116 01.032.005 Umweltkommission

**1. Bericht des Gemeinderates vom 26.10.2005 betreffend
Ersatzwahl eines Mitglieds der Umweltkommission
für die zurückgetretene Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion Geschäft 3636**

://: In die Umweltkommission wird als Mitglied für die zurückgetretene Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, in stiller Wahl **Catherine Hosang**, CVP-Fraktion, gewählt.

MITTEILUNG AN:

Catherine Hosang, CVP-Fraktion, (als Wahlanzeige)
Felix Keller, Parteipräsident CVP Allschwil/Schönenbuch
Beat Meyer-Zehnder, Fraktionspräsident CVP-Fraktion
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

117 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**2. Bericht des Gemeinderates vom 24.08.2005 und der
Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 27.10.2005
betreffend Quartierplanung Areal „Elco“, bestehend aus Quartierplan
und Quartierplanreglement, 1. Lesung Geschäft 3623 / A**

Dr. Guido Beretta, Präsident der Verkehrs- und Planungskommission (VPK), gibt die Haltung der vorberatenden Kommission wieder. Die Kommission begrüsst die Planung der Überbauung eines ehemaligen Industrieareals mit Gebäuden der Wohnzone W3 und einem kleineren Anteil

WG4. So könne das Areal zu fast 98% genutzt werden. Geplant seien 94 Wohneinheiten. Einzig die Frage der Dachformen sei in der Kommission diskutiert worden. Die Mehrheit habe sich mit den Flachdächern einverstanden erklären können, da diese in Neuallschwil nicht störend auffallen würden. Es sei auch die berechtigte Frage aufgeworfen worden, warum der Gemeinderat insgesamt 6 Einheiten Besucherparkplätze mehr vorschreibe als kantonal vorgeschrieben werde. Der Gemeinderat habe dies aber plausibel erklären können. Ausserdem führe die Lage der Parkplätze, parallel zur Strassenachse, zu einem Wendemanöver und damit zu einer vorsichtigeren Fahrweise und Einordnung in den fliessenden Verkehr. Alle Beilagen zum Quartierplan seien geprüft und für gut befunden worden. Die Kommission beantragt dem Plenum die Genehmigung des Quartierplanes gemäss den gemeinderätlichen Anträgen.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau-Raumplanung, ruft in Erinnerung, dass mit dem vorliegenden Projekt ein weiterer Teil der Allschwiler Industriegeschichte zu Ende gehe. Der Planer habe eine schwierige Aufgabe gehabt. Es seien mehrere verschiedene Zonen miteinander in Einklang zu bringen gewesen (W4 und W3). Die Planer hätten erfolgreich versucht, die verschiedenen Ansprüche in die Planung einzubringen. Auch bezüglich Lärm und Verkehr sei die Aufgabe nicht einfach gewesen. Man versuche, den Verkehr in Sammelstrassen zu fassen, die Baslerstrasse sei eine solche. Dies sei auch der Grund, warum direkt an der Baslerstrasse ein grosser Bau entstehen solle, der den Verkehrslärm von den hinteren Wohneinheiten bestmöglich fernhalte. Alles in allem liege eine gute Planung vor, welche die verschiedenen Ansprüche bestens berücksichtige.

EINTRETEN unbestritten

DETAILBERATUNG

Felix Keller, CVP-Fraktion, erinnert daran, dass nach der Behandlung des Quartierplans „Holeepark“ an der letzten Sitzung heute ein weiteres Bauprojekt mit Wohnungen vorgelegt werde. Die geplante Überbauung sei für Wohnungssuchende sicher sehr attraktiv. Er erwähnt speziell, dass die Objekte an den öffentlichen Verkehr angeschlossen seien und damit auch für die Basler Bevölkerung interessant sein könnten. Er hält die Quartierplanung „Elco“ für gut und sinnvoll. Die verdichtete Bauweise im Siedlungsgebiet sei zu begrüssen. Mit dem Quartierplan würden aber auch noch Grünflächen freigehalten. Aus diesen Gründen könne die CVP-Fraktion den Quartierplan unterstützen.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, teilt namens ihrer Fraktion mit, dass man der Planung zustimmen könne. Diverse Fraktionsmitglieder hätten von Anwohnern der Spitzwaldstrasse ein Schreiben bekommen, warum die Ein- und Ausfahrt der Elco-Überbauung auf die Spitzwaldstrasse hinausführe. Die Lärmbelastung sei so schon gross genug. Namens der Fragesteller frage die Votantin an, ob es nicht eine andere Lösung für die Ein- und Ausfahrt gebe.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau-Raumplanung, erläutert, dass die Ein- und Ausfahrt im Quartierplan so festgelegt sei, da eine Ausfahrt auf die Baslerstrasse nicht möglich sei. Diese sei eine Kantonsstrasse und der Kanton toleriere eine zusätzliche Ein- und Ausfahrt aus dem Wohngebiet nicht. Damit bleibe nur die Spitzwaldstrasse. Die besagten Anwohner der Spitzwaldstrasse hätten vor allem im Sinn, die Ein- und Ausfahrt innerhalb der Spitzwaldstrasse zu verschieben. Sofern der Einwohnerrat dies wünsche, müsse man heute abend einen entsprechenden Antrag auf Planänderung stellen. Dies könne man sicher nicht mehr im Rahmen des Bausgesuches machen. Der Gemeinderat sei überzeugt, dass man den richtigen Ort für die Ausfahrt ausgewählt habe. Das gleiche Begehren sei übrigens schon im Mitwirkungsverfahren gestellt worden, man habe sich daraufhin nochmals Gedanken darüber gemacht aber letztendlich die hier vorliegende Variante für die beste gehalten.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erinnert daran, dass es sich hier um private Investoren handle und dem Einwohnerrat grundsätzlich nur die Aufgabe zukomme, die Gesetzeskonformität zu prüfen. Er zitiert aus dem Bericht der Kommission zur Quartierplanung. Der noch nicht bestimmte Endinvestor werde erst noch darüber entscheiden, wieviel Miet- und wieviel

Eigentumswohnungen entstehen werden. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Überbauung „Ziegelei“, dort habe man das Gefühl, es sei eine Hühnerfarm entstanden. Dies gefalle ihm nicht. Allerdings wisse er auch, dass man rechtlich nicht allzu viel machen könne. Grundsätzlich stelle er fest, dass es immerhin bereits im Mitwirkungsverfahren Einsprachen bezüglich der Ein- und Ausfahrt gegeben habe. Eine davon sei auch weitergezogen worden. Er fragt, ob die Einsprache erledigt sei.

Roman Meury, Departement Hochbau-Raumplanung, betont nochmals, dass das Amt für Raumplanung die Quartierplanung genehmigt habe, es im Übrigen auch nicht vorschreiben könne, wo die Ein- und Ausfahrt gebaut werde.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, namens seiner Fraktion, findet, dass die Quartierplanung nicht gerade ein grosser Wurf sei. Es sei aber sicher sinnvoll, einen Quartierplan zu erlassen, um eine verdichtete Bauweise zu ermöglichen. Damit könne der knappe Raum bestmöglich genutzt werden. Auch in seiner Fraktion seien die Flachdächer/Satteldächer diskutiert worden. Man habe aber zum Schluss die Flachdächer auf den mehrstöckigen Gebäuden bevorzugt. Der grosse Block an der Baslerstrasse sollte architektonisch wertvoll gestaltet werden. Darauf müsse man im Baugesuchsverfahren achten. Seine Fraktion könne grossmehrheitlich dem Projekt zustimmen.

1. Lesung des Quartierplanreglements

§§ 1 bis 5

Keine Wortmeldungen

§6 Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes

Zu Abs. 8 liegt ein Sachantrag von **Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion, vor:

Die bisherige Formulierung

„(...) als standortgerechte Bepflanzungen zu realisieren.“

soll geändert werden in

„(...) als **einheimische**, standortgerechte Bepflanzungen zu realisieren.“

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, begründet seinen Antrag damit, dass das Erfordernis einer einheimischen Bepflanzung eigentlich immer in den Quartierplänen gefordert werde. Offenbar habe dies sowohl der Gemeinderat als auch die Kommission diesmal vergessen. Eine einheimische Bepflanzung sei wichtig, um Kleintieren und Vögeln einen Lebensraum zu bieten.

Felix Keller, CVP-Fraktion, weist darauf hin, dass genau dieses Erfordernis bereits in § 6 Abs. 1 aufgeführt sei. Einer Wiederholung dieser Forderung bedürfe es nicht.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, möchte seinen Antrag dennoch nicht zurückziehen.

://: Der Antrag von Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, wird mit **18:11 Stimmen gutgeheissen**.

§6 Abs. 8 heisst neu: „Die im Teilplan Nr. 1 festgelegten Bäume und Schutzbepflanzungen (Sträucher, Gehölze, Hecken) sind im Rahmen der Baugesuche in den Umgebungsplan aufzunehmen und als einheimische, standortgerechte Bepflanzungen zu realisieren.“

§§ 7 – 14

Keine Wortmeldungen

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen.

118 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**3. Bericht des Gemeinderates vom 13.07.2005 und der
Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 27.10.2005
betreffend
Herrenweg, Bau- und Strassenlinienplan (BSP) Geschäft 3620 / A**

Dr. Guido Beretta, Präsident der Verkehrs- und Planungskommission, erläutert kurz die Situation. Auf dem zur Diskussion stehenden Teilstück des Herrenwegs fehle zur Zeit ein Trottoir. Der Zustand der Fahrbahn sei nicht gut. Im Hinblick auf die Erschliessung des Ziegeleiareals und der geplanten Busverbindung sei es notwendig, das Strassenstück auszubauen. Im Gebiet nahe der Überbauung Ziegelei habe man bereits Strassenstücke in der notwendigen Dimension und dem notwendigen Ausbaustandard verwirklicht. Nun wolle man den unteren Teil des Herrenwegs anpassen. Der geplante Ausbaustandard habe alle Mitglieder der VPK überzeugt und man beantrage dem Plenum der Vorlage des Gemeinderates zuzustimmen.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, bekräftigt die Aussagen des Kommissionspräsidenten. Der Bau- und Strassenlinienplan sei sehr vernünftig ausgefallen. Mit einem einseitigen Trottoir sei auch die Dimension angemessen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion die uneingeschränkte Zustimmung zu dem Projekt. Es sei das letzte Puzzle-Stück, das dort noch fehle. Die Strasse sei für das Ziegeleiareal von grosser Bedeutung. Das Teilstück sei eine sinnvolle und angemessene Ergänzung zu den bereits erstellten Strassenteilstücken.

Auch **Ursula Pozivil**, FDP-Fraktion, begrüsst im Namen ihrer Fraktion die Vorlage des Gemeinderates.

Felix Keller, CVP-Fraktion, erklärt ebenfalls die diskussionslose Zustimmung seiner Fraktion.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, schliesst sich den Vorrednern an.

://:

Der Bau- und Strassenlinienplan Herrenweg, Teilstück Weiherweg bis Ofenstrasse, **wird mit grossem Mehr erlassen.**

119 12.600 Öffentlicher Verkehr

**4. Bericht des Gemeinderates vom 19.10.2005
betreffend
Verschiedene politische Vorstösse zu Verkehrsfragen Geschäft 3637**

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, erläutert die gemeinderätliche Vorlage. Er findet es sehr erfreulich, dass man mit dieser Vorlage nicht nur Projekte des

Individualverkehrs, sondern auch solche des öffentlichen Verkehrs vorstellen könne. Wichtig sei, dass der Gemeinderat in Übereinstimmung mit der Spezialkommission Verkehr den meisten Vorstössen mit einer kleinen Ausnahme zustimmen könne,. Diese Ausnahme werde er an gegebener Stelle erläutern.

EINTRETENSDEBATTE

Die SP/EVP-Fraktion möchte in einem ersten Schritt nicht auf die Vorlage eintreten, so **Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion. Die Spezialkommission Verkehr habe einen Bericht vorgelegt. Seine Fraktion erachte die Zusammensetzung der Kommission als unausgewogen. Verkehr sei ein wichtiges Thema in Allschwil und so habe man es als Affront angesehen, dass nur ein Vertreter der grössten Fraktion in der Kommission vertreten war. Der ganze Bericht der Spezialkommission spiegle diese Zusammensetzung mit Beschlüssen wie „grossmehrheitlich“, „fast einstimmig“, etc.etc. wieder. Er halte es für nicht opportun, diesen Bericht heute vorzulegen. Ausserdem würden einige Sachen ganz fehlen, andere seien fehlerhaft behandelt, insbesondere fehle ein Antrag des Gemeinderates zum Postulat betreffend Tempo 30. Aus diesem Grunde müsse das Geschäft leider zurückgewiesen werden oder es müssten andere Anträge gestellt werden.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, hält die Einwände seines Vorredners für nicht ganz richtig. Seine Fraktion sei für Eintreten. Das Parlament selber habe damals beschlossen, dass in der Spezialkommission Verkehr je ein Fraktionsmitglied Einsitz nehmen solle. Seiner Ansicht nach, sei man der Forderung nachgekommen. Anfänglich sei von der gemeinderätlichen Seite Gemeinderätin Nicole Nüssli-Kaiser dabei gewesen, später beim Departementswechsel Saskia Schärer und seitens Tiefbau/Umwelt der damalige Gemeinderat Paul Schüpbach. Zusätzlich hätten auch die zuständigen Hauptabteilungsleiter Einsitz in der Kommission genommen. Von einer Nicht-Ausgewogenheit könne also keine Rede sein. Für ihn sei es nachvollziehbar, wenn nicht alle Beschlüsse einstimmig gefasst werden könnten. In der Kommission hätten alle Interessenvertreter zum Teil zurückstehen müssen. Die Minderheitenanträge konnten nicht alle weiterverfolgt werden. So unausgewogen sei der Bericht nicht. Eine Rückweisung halte er für deplaziert.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, hält ebenfalls fest, dass der Einwohnerrat damals den Gemeinderat beauftragt habe, eine Spezialkommission einzusetzen. Er bezweifelt die Qualität der Spezialkommission ebenfalls nicht. Heute gehe es auch nicht um neue Ausgaben oder neue Verpflichtungen, sondern darum hängige Vorstösse zu behandeln. Die CVP-Fraktion sei klar für Eintreten.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, weist darauf hin, dass im Budget 2006 bereits ein Betrag für Projektierungsarbeiten zur Einführung von Tempo 30 vorgesehen sei. Damit wolle man zeigen, dass man erste Schritte zur Prüfung der Tempo 30-Zonen in den Wohnquartieren bereits vornehmen wolle.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, ist sehr froh über diese Äusserungen. Gerade das Postulat „Tempo 30“ sei bei den Anträgen der Vorlage wohl vergessen gegangen. Er sei froh, der Gemeinderat nun dazu Stellung genommen habe.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, äussert seinen Unmut zu gewissen Punkten. Die Einführung von Tempo 30 sei vom Volk schon zweimal verworfen worden. Die Verkehrssituation in Allschwil sei nicht so brisant, es habe noch keine schweren Unfälle gegeben. Man müsse sich den Verkehrsverhältnissen anpassen. Ihm erscheine das Projekt als unnötige Geldausgabe und als Nachahmerei der Verkehrspolitik von Basel-Stadt. Es sei eine reine Verkehrsschikane, es gebe nur mehr Stau, aber nicht mehr Sicherheit für die Fussgänger. Der Rechtsvortritt werde deshalb nicht besser beachtet. Es sei nur eine Verschleuderung von Steuergeldern. Immerhin seien ca. CHF 1 Mio. geplant. Ausserdem beabsichtige man die Intensivierung der Überwachung. Die Radarkontrollen würden den Autofahrern „nur die Gelder aus dem Sack ziehen“. Dazu möchte er nicht Hand bieten. Tempo 30 sei eine „geheuchelte Sicherheit“. Er sei der Ansicht, dass man

vielleicht doch das Volk dazu befragen müsse. Es geben auch noch andere Probleme. Vordringlicher sei zum Beispiel den Steuersatz zu senken.

EINTRETEN wird mit 20:14 Stimmen beschlossen.

UNTERBRECHUNG DER SITZUNG GEMÄSS ORDNUNGSANTRAG FÜR CA. 1.45 h

Nach der Pause wird eine nochmalige Präsenzkontrolle durchgeführt.

DETAILBERATUNG

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, hält es für wichtig, dass nun dieser Bericht vorgelegt wurde. Es gebe immer noch Vorstösse, die seit ca. 15 Jahren hängig seien. Die Probleme seien aber immer noch aktuell. Obwohl nicht alle Forderungen der Vorstösse mit dem Bericht erledigt seien, wehre sich die FDP-Fraktion aber nicht gegen die Abschreibung der Postulate. Auch dem Schlussbericht der Spezialkommission Verkehr könne die FDP-Fraktion zustimmen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass im Zusammenhang mit der Südumfahrung dringend das linksufrige Bachgrabengebiet erschlossen werden solle. Das Gebiet des Biotechnologiezentrums sei eines der modernsten und fast schon führend in Europa. Es diene auch als wichtiger Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort für den Raum Basel. Ein rascher Anschluss an die Nordtangente als Hochleistungsstrasse sei unumgänglich und müsse angestrebt werden. Weiteres Zuwarten bringe nichts, die Verkehrsproblematik würde sich dadurch nicht lösen. Der Anschluss Allschwil sei sehr wichtig und sollte in einer ersten Phase realisiert werden. In der ersten Phase ist eine reine Umfahrung nicht zu empfehlen, da andere Gemeinden, wie zum Beispiel Reinach (Industriegebiet Kägen), ihre verkehrsgünstige Lage zum Nachteil Allschwils ausnutzen könnten. Auch weitere alte Postulate würden behandelt. Das „Park-and-Ride“-System sei in der Vorlage im Sinne der Postulanten behandelt worden. Auch wenn die FDP-Fraktion im damaligen Vorstoss das Parkkartensystem bevorzugt habe, so sei man heute der Meinung, dass man mit der heute herrschenden Praxis die Parkraumbewirtschaftung gut durchführen könne. Auch hier könne man der Abschreibung des Postulates zustimmen. In der Frage der Tempo 30 Einführung gehe man mit dem Gemeinderat einig. Man könne den Verkehr in den Wohnquartieren beruhigen und reduzieren. Es sei gut, dass das Postulat nicht abgeschrieben werden soll, denn es sei letztlich noch nicht erfüllt. Der Gemeinderat bestätige ja auch, dass er noch eine separate Vorlage bringen werde. Ebenso werde auch die quartierweise Anpassung erfolgen. Damit könne man damit auch den Umweg- und Ausweichverkehr in den Griff bekommen. Zum Standort Lindenplatz könne man nicht viel mehr beitragen. In der Neuweilerstrasse begrüsse man die Anordnung von versetzten Parkfeldern. Insgesamt warte man auf die Vorlage betreffend Tempo-30. Eine Verbesserung in Sachen ÖV in Richtung Bahnhof werde wohl kaum in den nächsten Jahren erreicht werden können. Die Variante E11 sei wohl gut und weiterzuverfolgen, aber offenbar sei das bei der BLT noch nicht in der konkreten Planung für 2006/2007 enthalten. Bei der Buslinie 33 habe man zwar keinen grossen Wurf gemacht, aber damit könne man leben. Den Anträgen des Gemeinderates werde die FDP-Fraktion zustimmen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält die Ausführungen von Hanspeter Frey zum Thema Tempo-30 für nicht ganz uneigennützig. Er kündigt an, dass allfällige Vorlagen an den Einwohnerrat betreffend ÖV von seiner Fraktion bekämpft würden. Der einwohnerrätliche Beschluss betreffend Linie 33 sei in der Tat ungünstig gewesen. Man hätte lieber alles beim Alten lassen sollen. Der Status quo betreffend Verbindung in die Stadt sei eigentlich gut. Dass der 61er-Bus weiterhin bis ins Dorf fährt, habe Hanspeter Frey und er mit gegenseitiger Unterstützung im Landrat durchsetzen können. Bis auf die Thematik „Tempo-30“ könne man soweit der Vorlage zustimmen. Die Idee einer Verlängerung der Tramlinie 8 halte er allerdings für nicht realistisch. Ausserdem sei das Umsteigen auf die 6er-Linie auf dem Weg zum Bahnhof zumutbar. Alles

andere würde nur Kosten generieren. In diesem Sinne werde man von der Vorlage Kenntnis nehmen und allenfalls auf kommende konkrete Vorlagen entsprechend reagieren.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, schliesst sich namens seiner Fraktion vollumfänglich den Anträgen des Gemeinderates an. Es freue ihn, dass der Gemeinderat grossmehrheitlich alle Empfehlungen der Spezialkommission Verkehr übernommen habe. Es gehe nicht darum, alle zwölf Punkte des Berichts eingehend zu diskutieren. Hervorheben möchte er aber die Problematik des individuellen Regionalverkehrs. Der enorme Durchgangsverkehr sei sicher das Hauptproblem Allschwils. Die CVP-Fraktion unterstütze vehement den Gemeinderat in seinem Engagement für eine Südumfahrung Allschwils. Der kantonale Richtplan weise den Weg. Sobald dieser verabschiedet sei, müsse sich der Gemeinderat noch intensiver für die Südumfahrung einsetzen und dürfe dann die Landräte in Liestal nicht im Stich lassen. Er sei sehr zuversichtlich, dass der Gemeinderat die erforderliche Unterstützungsarbeit leisten werde. Weiter halte er die Einführung von Tempo-30-Zonen vor allem bei Schulhäusern, Kindergärten und in der Ochsenegasse für sinnvoll. Die Buslinie 33 werde von einigen Seiten kritisiert. Seine Fraktion sei hingegen glücklich darüber, dass schon 2 Jahre nach der Einreichung des Postulates die verlängerte Buslinie eingeführt werde. Letztlich würden die Vorteile überwiegen. Es würden neue entstehende Wohngebiete mit ÖV erschlossen (Sandweg, Spitzwaldstrasse, Ziegelei-Überbauung). Für ca. 800 – 1000 Personen werde die Erschliessung mit dem ÖV wesentlich verbessert. Ein weiterer Vorteil sei, dass die Linie 33 nun an der Wanderstrasse nicht mehr im „Niemandland“ ende sondern eine Anschlussmöglichkeit bestehe.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, kritisiert an der Vorlage, dass man einige Punkte nicht genauer behandelt habe. So zum Beispiel die Massnahmen zur Eindämmung und Verhinderung des Pendler-, Durchgangs- und Berufsverkehrs. Die Realisierung der Südumfahrung könne noch sehr lange dauern, weitere geeignete Massnahmen seien aber nicht näher geschildert. Kurzfristige Massnahmen würden im Bericht nicht genannt. Grundsätzlich könne die SP/EVP-Fraktion aber hinter den Ausführungen und Anträgen des Gemeinderates stehen. Die Parkraumbewirtschaftung werde im Schlussbericht der Spezialkommission nur kurz erwähnt. Auch hier habe man sich etwas detailliertere Ausführungen gewünscht. Definitiv vermisst werde ein Antrag zum Thema Tempo-30. Daher stellte die SP/EVP-Fraktion hierzu zwei weitere, den Bericht ergänzende Anträge:

Antrag zu Geschäft 3637:

8.1 Vom Zwischenbericht zum Postulat 3387, Einrichtung von Tempo 30 Zonen, wird Kenntnis genommen.

8.2 Der Gemeinderat wird beauftragt, die nötigen weiteren Schritte einzuleiten (u. a. Verkehrsgutachten einzuholen) um Tempo-30-Zonen in Quartieren zu ermöglichen.

Zur Begründung führt **Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, aus, dass der Gemeinderat zur weiteren Arbeit einen klaren Auftrag brauche. Man wisse zur Zeit nicht genau, wie der Gemeinderat weitermachen solle und könne. Vor allem soll dem Gemeinderat damit die Möglichkeit eingeräumt werden, ein Verkehrsgutachten erstellen zu lassen. Die SP/EVP-Fraktion habe sich schon immer für die Verkehrsberuhigung eingesetzt. Damit man die weitere konkrete Planung fortführen könne, bittet die SP/EVP-Fraktion um die Unterstützung des Parlaments und Gutheissung der beiden Anträge.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erläutert, dass die Nordtangente zunächst in den Sachplan Verkehr des Bundes aufgenommen werden müsse. Dies werde ca. 2008 geschehen. Sobald die Nordtangente im Sachplan aufgenommen sei, stünden auch die entsprechenden Gelder zur Verfügung. Der Kanton Basel-Land und Basel-Stadt könnten den Zubringer Nordtangente nicht allein finanzieren. Der Zubringer Nordtangente sei aber notwendig und ein erster Schritt für die Erstellung der Südumfahrung. Man müsse also sicher noch einige Jahre warten. Der Gemeinderat werde aber in jedem Fall die Ziele weiterverfolgen. Die Anträge der gemeinderätlichen Vorlage enthalten nur abzuschreibende Vorstösse. Zu den pendenten

Vorstössen, damit auch zum überwiesenen Postulat „Tempo-30“ habe man extra keinen Antrag gestellt. Mit dem Projekt Tempo-30 werde der Gemeinderat mit einer separaten Vorlage an den Einwohnerrat treten. Die Tempo-30 Zonen würden mit den vorgelegten Anträgen schon ziemlich genau festgelegt werden. Der Gemeinderat möchte jedoch zunächst genauer prüfen und frei planen können, um dann mit einer detaillierten Vorlage an den Einwohnerrat zu gelangen. Immerhin gehe es um ca. 3x CHF 200'000.--. Auch hier könne es noch Änderungen geben. In jedem Fall müsse man darauf achten, eine kostengünstige Variante zu erarbeiten. Es sei also zur Zeit nicht notwendig, einen weiteren Beschluss zu fassen. Das Postulat sei überwiesen worden und werde zur Zeit bearbeitet.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, ist auch der Ansicht, dass man grundsätzlich hinter der Ansicht des Gemeinderates stehe. Aber im Bereich der Parkraumbewirtschaftung sei er mit den Ausführungen des Gemeinderates nicht zufrieden. Man habe in Allschwil sehr viele Pendler, welche ihr Auto in Allschwil abstellen würden, um dann mit dem ÖV in die Stadt zu fahren. Es sei nicht die Aufgabe Allschwils, die Verkehrsproblem Basels mit ihren Pendlern zu lösen. Bessere Durchfahrtsstrassen zu bauen sei hierfür auch keine Lösung. Für Allschwil sei die Einführung von Tempo-30 Zonen wichtig. Neben dem Sicherheitsaspekt seien auch die Lärm- und Geruchsimmissionen geringer. Tempo-30-Zonen seien etwas vom Wichtigsten in Allschwil. Eine Ausweitung des ÖV sei nur sehr schwer machbar und müsste mit den neu erstellten Wohnquartieren koordiniert werden. Hier solle man erst die weitere Entwicklung abwarten. Die Anträge 3.2 und 4.1 möchte er aus diesen Gründen nicht abschreiben.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, erklärt, dass er aufgrund der Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber bereit sei, den Antrag 8.2 in dem Sinne abzuändern, dass der Gemeinderat beauftragt werde, *weitere Schritte zu prüfen*. In jedem Fall solle ein mehrheitsfähiger Antrag formuliert werden, damit dem Gemeinderat damit die Unterstützung des Einwohnerrates signalisiert werden könne.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, freut sich über die Konsensbemühungen des Antragstellers. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Seite 12 des Berichtes und zitiert die betreffenden Aussagen des Gemeinderates zur Aufnahme eines Betrages für Vorabklärungen und erste Projektierungen zur Einführung von Tempo 30 ins Budget 2006. Damit sei genau die Stossrichtung des Vorstosses von Christoph Morat erfüllt. Er habe nichts gegen den Antrag als solches, der Gemeinderat nehme aber die Aufgabe ohnehin schon wahr.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, verzichtet daher auf den Antrag 8.2, möchte aber Antrag 8.1 zur Abstimmung bringen.

Josua Studer, SVP-Fraktion, ist nicht mit der Wortwahl des Antrages 8.1 einverstanden. Er interpretiert den Antrag dahin, dass der Gemeinderat verbindlich zur Einführung von Tempo-30-Zonen verpflichtet werden soll. Er ist der Ansicht, dass man auf den Antrag gänzlich verzichten könnte, da der Gemeinderat ohnehin die Frage schon prüft und berichten wird.

Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin, erläutert in diesem Zusammenhang, dass das bereits überwiesene Postulat den Titel „Einrichtung von Tempo-30-Zonen“ trage. Hier seien einfach die Anführungs- und Schlusszeichen vergessen gegangen, ein neuer Auftrag werde damit nicht generiert.

Josua Studer, SVP-Fraktion, ist mit dieser Präzisierung einverstanden.

Felix Keller, CVP-Fraktion, führt aus, dass Allschwil mit einer Grösse von fast 20'000 Einwohnern klar ein Defizit in Sachen öffentlichen Verkehrs habe. Der 38er fahre leider nur werktags. Gerade im Bachgrabengebiet fehle es an permanenten ÖV-Linien in die Stadt, resp. an den Bahnhof. Weiter ist er der Ansicht, dass bei der Bevölkerung des neuen Ziegelei-Areals die neue Linienführung sehr schnell auf Akzeptanz stossen werde. Der Nachteil der Parkkarte sei, dass die Bewirtschaftung auch Geld koste. Es entstehe administrativer Aufwand, welcher letztlich auch gezahlt werden müsse. So ganz überzeuge ihn die Variante Parkkarte nicht. Er

halte es auch für nicht so entscheidend, dass die Elsässer mit ihren Fahrzeugen bis in die Nähe der 6er-Tramlinie fahren und so in Allschwil parkieren würden. So würde auch das Umsteigen entfallen.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, erinnert daran, dass die Parkraumbewirtschaftung nicht nur über Ausgabe der Parkkarte erfolge. Es gehe auch darum, die geeigneten Gebiete zu evaluieren. Im Borerhof-Quartier gebe es seit der Einführung der Parkkarten fast keinen Suchverkehr mehr. Diese Variante könnte ausgebaut werden. Es gehe darum, dass man den Parkraum für Pendler weitgehend unattraktiv machen soll. Auch in baselstädtischen Quartieren wolle man mit den Parkkarten den Such- und Pendelverkehr fernhalten. Von daher sei die Umschreibung der Problematik im Bericht etwas zu wenig.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erachtet die Optimierung des Parkraumes als ständige Aufgabe des Gemeinderates, Gerade im Borerhof-Quartier habe man viel Ärger gehabt und man habe jetzt die Parkkarte wieder rückgängig gemacht. Die Anwohner und Anwohnerinnen hätten die Parkkarte häufig nicht sichtbar im Auto deponiert. Die Folge sei gewesen, dass man ein Teil der verhängten Bussen habe zurücknehmen müsse und man nun die Parkkartenregelung aufgehoben habe. Die Gemeindepolizei habe eine Autonummernliste und checke danach die Liste der berechtigten Autofahrer. So könne man die unberechtigt parkierten Autos, vornehmlich von Besuchern des „Zic-Zac“ herausfiltern. Die Anwohnerparkkarten seien ein Pilotversuch gewesen, dieser habe sich aber leider nicht so perfekt bewährt. Man wolle aber weiterhin nach Lösungen suchen.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, hält in dem Fall das Vorgehen der Gemeindepolizei für relativ kompliziert. Bei Autobahnkontrollen könne man auch nicht damit argumentieren, dass man die Vignette daheim und nicht im Auto habe. Es sei halt die Pflicht der Anwohner die Parkkarte im Auto zu deponieren. Alles andere sei Beschäftigungstherapie der Gemeindepolizei.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, lädt den Vorredner ein, sich mit den Reklamationen der Anwohner zu beschäftigen, welche zuerst wegen den Zic-Zac-Besuchern keinen Parkplatz fänden, die Lärmbelästigung tolerieren müssten und dann noch von der Gemeindepolizei gebüsst würden.

://: Es folgt die Abstimmung über die Anträge

- 1.1. Vom Bericht zum Postulat Nr. 1597 betreffend «Umfahrungsstrasse "Zubringer Allschwil"» wird **mit grossem Mehr** Kenntnis genommen.
- 1.2. Das Postulat wird **mit grossem Mehr** als erfüllt abgeschrieben.
2. Vom Zwischenbericht zu den Motionen Nr. 3536, 3537, 3538 und 3539 betreffend «Südumfahrung» wird **mit grossem Mehr** Kenntnis genommen.
- 3.1. Vom Bericht zum Postulat Nr. 1701 betreffend «Massnahmen zur Einschränkung des Berufs-, Pendel- und Durchgangsverkehrs in Allschwil» wird **mit grossem Mehr** Kenntnis genommen.
- 3.2. Das Postulat wird mit **19:8 Stimmen** als erfüllt abgeschrieben.
- 4.1. Vom Bericht zum Postulat Nr. 1705 betreffend «Parkraumbewirtschaftung» wird **mit grossem Mehr** Kenntnis genommen.
- 4.2. Das Postulat wird mit **17:9 Stimmen** als erfüllt abgeschrieben.

- 5.1. Vom Bericht zum Postulat Nr. 3328 betreffend «Überprüfung des gesamten Gemeindestrassennetzes im Hinblick auf die Benutzungsmöglichkeit» wird **mit grossem Mehr** Kenntnis genommen.
- 5.2. Das Postulat wird **mit grossem Mehr** als erfüllt abgeschrieben.

6. Vom Zwischenbericht zum Postulat Nr. 1356 betreffend «ohne Umsteigen zum Bahnhof SBB» wird **mit grossem Mehr** Kenntnis genommen.

- 7.1. Vom Bericht zum Postulat Nr. 3454 betreffend «Verbesserung der Verbindung von Allschwil und Schönenbuch zum Bahnhof Basel SBB mit dem öffentlichen Verkehrsmittel: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie)» wird **mit grossem Mehr** Kenntnis genommen.
- 7.2. Das Postulat wird **mit grossem Mehr** als erfüllt abgeschrieben.

- 8.1. Vom Zwischenbericht zum Postulat 3387 „Einrichtung von Tempo 30 Zonen“ wird **mit 21:8 Stimmen** Kenntnis genommen.

120 02.050 Arbeitslosigkeit

**5. Motion von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 20.04.2005
betreffend Fördermassnahmen berufliche Integration Geschäft 3600**

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, erinnert als Motionär nochmals an die Wichtigkeit dieses Themas. Vor allem die Sozialhilfebehörde kenne die Problematik. Langzeitarbeitslosigkeit betreffe verschiedene Zielgruppen. Am 21. November 2005 werde auch in der Stadt Basel dieses Thema mit namhaften Politikern und Wissenschaftlern diskutiert („Ohne Bildung keine Arbeit“). Er sei damit einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ihm sei wichtig, dass man sich dieses Themas mit der notwendigen Ernsthaftigkeit annehme. Dies auch, wenn in den Sozialen Diensten schon andere wichtige Aufgaben zu behandeln seien.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, wandelt die Motion in ein Postulat um.

Alice Märky, FDP-Fraktion, erklärt sich namens ihrer Fraktion mit dem Postulat einverstanden. Die Zielrichtung sei richtig. Der Gemeinderat solle nach Lösungen suchen, dies eventuell auch mit anderen Gemeinden zusammen.

://:

Das Postulat 3600 „Fördermassnahmen berufliche Integration“ wird mit grossem Mehr überwiesen.

Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin, beendet die Sitzung um 22.10 Uhr.